

7 MARXISMUS UND KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG

7.1 BEGRIFFLICHES²⁶

Unter dem Begriff Marxismus werden mindestens drei Dinge verstanden (vgl. Schell 1972: 239):

- a) das theoretische Gebäude, das Karl Marx (1818 bis 1883) zusammen mit Friedrich Engels (1820 bis 1895) errichtet hat,
- b) eine Methode der gesellschaftlichen Analyse, die als "kritische Methode" mit den Worten historisch-dialektisch-materialistisch bezeichnet werden kann,
- c) sowie Analysen, die sich in ihrem Selbstverständnis auf den einen oder anderen Aspekt der Lehre von Marx und Engels stützen und den Marxismus im Rahmen veränderter historisch-gesellschaftlicher Bedingungen weiterentwickeln.

Es finden sich allerdings auch andere Auffassungen: Göhler (1985: 536) geht z.B. von c) aus und bezeichnet Marxismus als Sammelbegriff für heterogene und in sich widersprüchliche theoretische Ansätze die sich auf die Lehre von Karl Marx berufen.

7.2 MARXISMUS ALS IDEOLOGIE

Die Lehre von Karl Marx ist beeinflusst von:

- der englischen Nationalökonomie des 18./19. Jahrhunderts (u.a. David Ricardo, Adam Smith)
- der Philosophie Hegels, vor allem der Methode der Dialektik
- den zeitgeschichtlich/politischen Ereignissen in Frankreich: die Revolutionen und Aufstände von 1789, 1830 und 1847/8 sowie die Pariser Kommune von 1871.

In Werk und Wirkungsgeschichte sind zwei Bereiche zu unterscheiden:

- der junge, "humanistische" Marx
- der reife, "wissenschaftliche" Marx

7.2.1 Der junge humanistische Marx

Zentrale Frage: Entfremdung (nicht als psychische Erfahrung, sondern als "objektive Entmenschlichung") und ihre Aufhebung. Marx kritisiert die Entfremdung dreifach:

7.2.1.1 Religion

²⁶ Vgl. Schell 1972: 239-244; Göhler/Roth 1985: 536-543.

Nur eine Projektion der Menschen (welchen es schlecht geht): "Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes" (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, 1843). Somit muss nicht die Religion abgeschafft werden, sondern die Verhältnisse, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" - dann verschwindet die Religion von selbst.

7.2.1.2 (Schöpferische) Arbeit

Wichtigste Tätigkeit des Menschen ist die Arbeit. Dadurch, dass im Kapitalismus die Produktionsmittel (und damit auch die Produkte) dem Kapitalisten gehören, entfremdet sich der Lohnarbeiter von seiner ursprünglichen Tätigkeit; er wird gerade durch diese (Lohn-)arbeit unterdrückt (Pariser Manuskripte).

7.2.1.3 Politische und gesellschaftliche Gleichheit

Die politische Revolution in Frankreich (1789) mit der Erklärung der Menschenrechte stellte die Menschen nur politisch gleich, während wirtschaftlich/soziale Ungleichheit von der bürgerlichen Revolution nicht beseitigt oder gar verschärft wird. Marx fordert daher, dass die politische Gleichstellung (als citoyens) weitergeführt werde zur menschlichen Gleichstellung (citoyens und bourgeois).

Die Texte des jungen Marx blieben lange verschollen oder unbeachtet. In den 1930er Jahren werden sie von der Frankfurter Schule (z.B. Horkheimer, Fromm) neu entdeckt. Zur Wirkungsgeschichte: siehe 7.2.3.6.

7.2.2 Der reife, "wissenschaftliche" Marx

Zentrale Fragen: gesellschaftliche Gesetzmässigkeiten (geschichtsphilosophische Reflexionen, Kritik der politischen Ökonomie), soziale Revolution.

7.2.2.1 Der historische Materialismus

Anknüpfung an Hegels Geschichtsphilosophie: Geschichte ist sinnvoll, zielgerichtet und gesetzmässig ("Dialektik" im Sinne einer Bewegung These-Antithese-Synthese). Marx beansprucht aber, Hegel vom Kopf auf die Füße zu stellen: Das Bestimmende in der Geschichte ist nicht der Geist, sondern sind die ökonomischen Verhältnisse. Die Gesellschaft ist bestimmt durch die ökonomische und soziale Struktur (*Basis*); diese umfasst:

- *Produktivkräfte* (die Bodenschätze, Werkzeuge, Maschinen) sowie die Fähigkeiten der Menschen, sie zu gebrauchen und die

- *Produktions- und Eigentumsverhältnisse* (Art der Herrschaftsverhältnisse) einer Gesellschaft

Abhängig von dieser Basis ist der "*Überbau*" (Kunst und Wissenschaft, politische Anschauungen und religiöse Überzeugungen sowie deren Institutionen wie Kirche, Staat, Parteien etc.).

Die Produktivkräfte wandeln sich schneller als die Produktionsverhältnisse, was zu Spannungen führt, welche die Formen von *Klassenkämpfen* oder gar *Revolutionen* annehmen können. Dann wird die alte Gesellschaftsformation beseitigt und von einer neuen abgelöst. So ist für Marx die Herausbildung der Arbeitsteilung (Mann-Frau, Kopfarbeit-Handarbeit, Stadt-Land etc.) und damit der Herrschaft einer Klasse über die andere aufgrund des Besitzes der Produktionsmittel eine *geschichtliche Notwendigkeit*, da durch sie gesellschaftlicher Fortschritt und Reichtum ermöglicht wurde. Sie wird aber, nachdem mit dem Kapitalismus ein gewisser Standard erreicht ist, beseitigt werden.

7.2.2.2 *Die Analyse des Kapitalismus*

Merkmale des Kapitalismus:

- Industrialisierung, Arbeitsteilung, Trennung von Kapital und (Lohn-)Arbeit.
- Produktion von Waren für den Markt
- Wert einer Ware = konstantes Kapital "c" (Maschinen, Rohstoffe etc.) + variables Kapital "v" (Löhne) + Mehrwert "m". Der Mehrwert geht an den Besitzer der Produktionsmittel.

Produktion und Aneignung von Mehrwert ist Grund und Bewegungsgesetz des Kapitalismus: Geld - Ware - Geld; Kapital ist der sich selbst verwertende Wert.

Zwei Grundbewegungen:

- Die Kapitalisten stechen sich im Konkurrenzkampf gegenseitig aus; Unterlegene werden zu Proletariern (Konzentration, Akkumulation des Kapitals).
- Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse: tendenzieller Fall der Profitrate: ($m = c + v$). Wenn c steigt, fällt v. Die Lohnarbeiter verdienen (relativ) immer weniger (Verelendungstheorie), die Kapitalisten weichen auf die dritte Welt aus (Imperialismus).

7.2.2.3 *Kritik des bürgerlichen Staates (Rechtsstaates) als Klassenstaat*

Nach Marx gehört der Staat zum Überbau; seine wirkliche Funktion muss daher von der Basis, den sozioökonomischen Verhältnissen her analysiert werden:

- (nur) als Warenbesitzer haben alle Menschen dasselbe Interesse - den Schutz ihrer Position als Warenbesitzer: Besitz der Produktionsmittel; Besitz der Arbeitskraft, Freiheit auf dem Markt (auch zum Kauf der Arbeitskraft, der ein Austausch und keine gewaltsame

Aneignung sein soll). Das bürgerliche Recht und der bürgerliche Staat garantieren dies durch abstrakte Gleichheit und Freiheit der Warenbesitzer.

- In der Praxis aber treten sich Menschen mit verschiedenen Interessen gegenüber (Kapitalisten, Lohnarbeiter). Die Parolen der Freiheit, Gleichheit und des freien Tausches von Gleichem sind inhaltsleer. Das formal-allgemeine Interesse der Warenbesitzer (Austausch von Lohnarbeit gegen Lohn) erweist sich als das inhaltlich besondere Interesse der Kapitalisten (Abschöpfung von unbezahlter Mehrarbeit).
- Der bürgerliche Staat hält "die allgemeinen äusseren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise (...) gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten" aufrecht; er stellt aber auch die allgemeinen materiellen Bedingungen (Infrastruktur) der gesellschaftlichen Produktion her. Der bürgerliche Staat ist also "nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet." (Komm. Manifest), oder, in Worten Engels, "ideeller Gesamtkapitalist" (Anti-Dühring). Der bürgerliche Staat ist als Klassenstaat auch zu gewissen Konzessionen an die Arbeiterklasse fähig (z.B. Sozialgesetzgebung); er wird jedoch immer den Kapitalismus verteidigen.

7.2.2.4 Das politische Programm von Marx: Kommunistisches Manifest

- Bourgeoisie und Proletariat als einzige übrigbleibende Klassen; Notwendigkeit der proletarischen Revolution
- Kommunistische Bewegung als Anführerin des Proletariats
- Etappen der Revolution: Nach der Klassenherrschaft des Bürgertums: Diktatur des Proletariats. Sozialismus als Herrschaft des Proletariats (politische Macht durch Volksmehrheit, Absterben von gesellschaftlicher Klassenspaltung und Staat); später: Kommunismus als Utopie einer klassenlosen Gesellschaft (Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist)

Voraussetzungen der Revolution

- 1) objektiv: ein verschärfter Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.
- 2) subjektiv: das proletarische Bewusstsein.

Im "Kommunistischen Manifest" glauben Marx/Engels noch, dass eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft (Abschaffung des Kapitalismus) auf "demokratischem Wege", d.h. mittels Übernahme der politischen Macht durch Wahlen möglich sei. Nach den Erfahrungen der gescheiterten 1848er Revolutionen und vor allem der "Pariser Kommune" korrigiert Marx diese Meinung: Der Sozialismus kann nicht durch Übernahme des bürgerlichen Staates erreicht werden; vielmehr muss die bürgerliche Staatsmaschine zerschlagen und ein völlig neuer staatlicher Machtapparat errichtet werden.

N.B.: An der Vorstellung der Diktatur des Proletariats schieden sich die Geister der Arbeiterbewegung schon bald. - Die Anarchisten, vor allem Bakunin, bekämpfen Staat (und Kirche) als grösste gesellschaftliche Unterdrückungsinstrumente. Sie lehnen daher auch die Diktatur des

Proletariats ab. Sozialdemokraten (Lassalle, Bebel) demgegenüber glauben an Veränderungen der Gesellschaft innerhalb der bürgerlichen Staatsstrukturen.

7.2.3 Weiterentwicklungen

7.2.3.1 *Leninismus*

Nahe bei der Linie von Marx. Ausgestaltung und Modifizierung eines revolutionären Programms: Nutzung der Einrichtungen des bürgerlichen Staates für sozialistische Ziele, Nützlichkeit der formalen Demokratie (Bildungsmöglichkeiten, industrielle Entwicklung); Errichtung der Diktatur des Proletariats über kommunistische Arbeiterpartei, Aufhebung des Parlamentarismus zugunsten gesetzgebender und regierender Körperschaft, jederzeit absetzbare Repräsentanten, Beseitigung des bürokratisch/militärischen Komplexes, Volksbewaffnung, verstaatlichte Produktion.

Etappen in Lenins Imperialismustheorie: Bildung von Monopolen - Bank- und Industriekapital verschmelzen zu Finanzkapital - Kapitalexpert - internationale Monopole und Aufteilung von Weltmärkten - imperialistische Kriege und Weltrevolution.

7.2.3.2 *Im "real existierenden" Sozialismus*

UdSSR: Werke von Marx/Engels/Lenin nach der Oktoberrevolution und dem Tode Lenins vor allem von Stalin dogmatisiert. Legitimationsmuster und Begründungskanon für Herrschaftsanspruch kommunistischer Partei, für gesamtes Gesellschaftsleben und für wissenschaftliche Tätigkeit.

Andere sozialistische Staaten: Behandlung von Fragen der Demokratisierung (Selbstverwaltung), Entbürokratisierung, des Individuums in der Denktradition des (jungen) Marx.

7.2.3.3 *Revisionisten*

Vor allem in der deutschen Sozialdemokratie (Bernstein, Bebel, Kautsky). Ablehnung der Dialektik als Methode. Übergang zur Staatsbejahung und damit Verabschiedung der revolutionären Ideen zugunsten demokratischer Reformkonzepte.

7.2.3.4 *Austromarxisten*

Max Adler, Otto Bauer, R. Hilferding u.a.: Einfluss der kantischen Erkenntnistheorie und Ethik; Empirio-kritizismus. Ziel: Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung (sozialdemokratische/kommunistische); Idee eines integralen Sozialismus. Ähnlichkeiten mit den Eurokommunisten der 70er Jahre ("Dritter Weg zwischen Bolschewismus/Kommunismus und Sozialdemokratie"): siehe unten, Eurokommunismus.

7.2.3.5 *Hegelmarxisten*

Georg Lukacs, Karl Korsch: gegen das ökonomistische Geschichtsverständnis. Betonung des (revolutionären) Klassenbewusstseins und Wiederbelebung der Dialektik als Methode.

7.2.3.6 *Frankfurter Schule und ihre Nachfolge*

Versuch der Weiterentwicklung der Methoden- und Theorieansätze (vor allem des neu entdeckten jungen Marx) seit den Dreissiger-Jahren. Wiederbelebung und Erweiterung in Richtung eines humanistisch-emanzipatorischen Denkens. Wichtige Vertreter: Friedrich Pollock, Max Horkheimer, Erich Fromm, Herbert Marcuse, Alfred Schmidt, Theodor Adorno, später Ernst Bloch und Jürgen Habermas. Renaissance dieser Marx-Rezeption im Zuge der 68er-Bewegung und ihres Versuchs einer (zumeist "revisionistischen") kritischen Gesellschafts- und Staatstheorie. Gegenposition: Louis Althusser.

7.3 ETAPPEN DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

7.3.1 **Die Erste Internationale (Internationale Arbeiter-Assoziation: IAA): 1864-1872**

1864 gegründet als Kontaktforum der Arbeiterorganisationen von Frankreich und England, aber auch mit Gruppen aus der Schweiz und anderen Ländern. Hauptaufgabe der IAA: internationale Sammlung aller Arbeiter. Breite (und damit konsensfähige) Plattform für materielle Forderungen (10-Studentag, Würdigung der Produktionsgemeinschaft etc.). Unterschiedliche Positionen bezüglich der Machtfragen.

Proudhonisten und Anarchisten: Abschaffung und Zerstörung des Staats vs.
Marxisten: Eroberung politischer Macht, um Gesellschaft zu verändern.

Marx setzt sich mit seinen Leuten durch. Friedrich Engels Generalsekretär. Jährliche Kongresse 1865-1872. Im letzten Kongress werden Bakunin und die Anarchisten ausgeschlossen. IAA wird von den Marxisten zerstört, um sie nicht den Anarchisten zu überlassen.

7.3.2 **Die Zweite Internationale: 1889-1914**

Gewerkschaftsähnlich; "Kongressinternationale", viele Resolutionen und Appelle zu Frieden und Imperialismus ohne grosse Wirkung. Keine starke Exekutive. Zusammenbruch 1914. Anlass: Zustimmung fast sämtlicher sozialdemokratischer Abgeordneter zu den Kriegskrediten - trotz "Friedenskongress" von 1912 in Basel.

1915-1919: Internationalisten - ohne die Sozialchauvinisten und Zentristen - treffen sich in Zimmerwald (1915), Kiental (1916) und Stockholm (1918), um eine neue Internationale zu gründen.

1917: Russische Revolution

7.3.3 Die Dritte Internationale (kommunistische Internationale: Komintern): 1919-1943

Einschätzung der Situation durch Lenin: Kapitalismus ist zum weltweiten Imperialismus geworden; weltweite Organisation der Arbeiterbewegung notwendig. Die Weltrevolution steht bevor; die europäischen Bewegungen müssen koordiniert geführt werden durch die Komintern (kommunistische Internationale). Diese "Weltpartei der Arbeiter" verfolgt 3 Ziele:

- Verteidigung des ersten sozialistischen Staates (gegen konterrevolutionäre Interventionen)
- Schaffung eines weltweiten Systems kommunistischer Parteien
- Herstellung eines Bündnisses mit der Dritten Welt (China, Indien etc.)

1920: 2. Weltkongress. 39 Parteien sind Mitglieder. 21 Bedingungen für die Mitgliedschaft, u.a. Loslösung von den sozialchauvinistischen oder radikal-reformistischen Kräften in der Partei und Gewerkschaft. Die Parteien werden an die Beschlüsse der Weltkongresse und die Weisungen des permanent tagenden Exekutiv-Komitees (EKKI) gebunden.

1922: 4. Weltkongress. Nach dem Scheitern der revolutionären Bestrebungen in Europa Politik der "Einheitsfront": Bündnis mit möglichst vielen Teilen der Arbeiterbewegung, auf der Ebene der Parteien und Gewerkschaften (Clara Zetkin: "Einheitsfront und Arbeiterregierung"; Bündnis innerhalb der Klasse). Taktische Weisung: Den reformistischen Flügel der Sozialdemokratie verdrängen. Gründung einer kommunistischen (roten) Gewerkschaftsinternationale (RGI).

1928 und 1935: 6. und 7. Weltkongress. Auseinandersetzung mit Richtungsänderungen in der Sowjetunion sowie mit dem Problem des "Sozial-Faschismus". Volksfront-Strategie: Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und auch nicht-proletarischen Kreisen (Bauern, Kleinbürger, Intelligenz) gemeinsam "gegen den Faschismus" und "für Demokratie".

Unterschiedliche Auswirkungen: Frankreich: Volksfront-Regierung. China: die KP Mao Tse Tungs muss ihren Kampf gegen das nationale Bürgertum unter Führung Tschiang Kai-schecks beenden und mit diesem gemeinsam gegen den japanischen Imperialismus kämpfen ("Erklärung von 1935"); Direkter Partner für die UdSSR wurde Tschiang Kai-scheck und nicht mehr Mao Tse Tung.

1943: Auflösung, nach je länger je mehr ersichtlichem Missbrauch der Komintern als Werkzeug der sowjetischen Aussenpolitik ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der jeweiligen kommunistischen Partei. Der immer unbedingter geforderten Moskautreue vermochten nur die italienischen und französischen Kommunisten eigene Strategien und Strukturen entgegenzusetzen.

7.3.4 Auseinanderdriften der weltkommunistischen Bewegung

7.3.4.1 *Kominform (1947-56)*

Der Versuch, die machthabenden Kommunistischen Parteien "informell" ("Kominform") zusammenzuhalten, scheitert (das ehemalige Jugoslawien verlässt K. 1948 und geht als blockfreier Staat eigene Wege der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, China ist nicht dabei).

7.3.4.2 *Historische Spaltungen und Autonomiebestrebungen*

Bruch Moskau/Peking (1956/60). "Drei-Welten-Theorie" Mao Tse Tungs. Anspruch auf eigenen Entwicklungsweg (Verzicht auf forcierte Industrialisierung, Abstützung auf bäuerliche Bevölkerung, gegen Bürokratisierungstendenzen). Theorie der permanenten Revolution, des nationalen Befreiungskampfes und des Guerillakrieges hat Einfluss auf Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Autonomiebestrebungen Ungarns (1956) und der CSSR (1968) werden von Moskau gewaltsam unterdrückt.

Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in den osteuropäischen Ländern. Kuba und Nord Korea bleiben die letzten kommunistischen Systeme.

7.3.5 Der Eurokommunismus

7.3.5.1 *Entwicklung und theoretische Grundlagen*

Entwickelte sich in jenen romanischen Ländern (Italien, Spanien, Frankreich), welche sich innerhalb der Komintern für die Volksfront-Konzeption stark gemacht hatten.

Wichtigster Theoretiker: Antonio Gramsci.

7.3.5.2 *Merkmale:*

- Ablehnung des Führungsanspruchs der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung: Polyzentrismus (Togliatti)
- Loslösung vom sowjetkommunistischen Modell, Anpassung von Programmatik und Bündnispolitik an die jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen: autonome, nationale Strategien; Pluralismus.
- Teilweise Verabschiedung der marxistisch-leninistischen Doktrin (demokratischer Zentralismus, Diktatur des Proletariats etc.)
- Kritische Grundhaltung gegenüber den Gesellschaftssystemen der Sowjetunion und des übrigen Osteuropa.
- für einen demokratischen Weg zum Sozialismus - unter Respektierung der Bestimmungen der jeweiligen Verfassung.
- Notwendigkeit einer breiten Bündnispolitik, welche über die linken und Arbeiterparteien hinausreicht.
- Bejahung national-eigenständiger Aussenpolitik.

7.3.5.3 *Eurokommunistische Parteien*

Spanien: enge Verbindung des Eurokommunismus mit dem antifaschistischen Kampf gegen Franco. Radikale eurokommunistische Linie (Carillo) führte zur Parteispaltung.

Frankreich: Idee eines nationalen Kommunismus; 1972 gemeinsames alternatives Regierungsprogramm ("*programme commun*") mit Sozialisten und Radikalen. Marchais führte die KPF wieder auf einen eher moskauhörigen Kurs.

Italien: stärkste Tradition des Eurokommunismus. Bereits 1956 unter Togliatti Bekenntnis des PCI zum Polyzentrismus und zum demokratischen Weg zum Sozialismus. 1973, nach dem Militärputsch in Chile, aktualisiert Berlinguer die alte Volksfront-Konzeption und bietet der Democrazia Cristiana ein Bündnis an: *compromesso storico*. Mit dem Tod des Christdemokraten Aldo Moro verlor der PCI den Verfechter in der DC für ein solches Bündnis.

Wichtig die theoretischen Grundlagen (Gramsci) :

- Notwendigkeit, mit den katholischen Massen in Verbindung zu kommen und sie dem (hegemonial-kulturellen) Einfluss des Bürgertums zu entziehen
- Mezzogiorno-Frage: Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse im industrialisierten Norden mit den Bauern im Süden.
- Strategie der Dezentralisierung.

7.3.6 Fazit

Die internationale Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien war eines ihrer hervorragenden Merkmale und hatte zwei Hauptgründe:

- a) ideologisch: Analyse und Strategie von Marxismus bzw. Kommunismus waren stets global orientiert.
- b) mit der Oktoberrevolution und der UdSSR entstand ein machtpolitisches Zentrum; die Parteizentrale in Moskau erhob einen absoluten Macht- und Vorranganspruch gegenüber den kommunistischen Parteien anderer Länder. Die Hegemonie Moskaus wurde von China, dann auch mit der Bewegung des Eurokommunismus bestritten.

Beide Gründe sind weggefallen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa ist das Gesellschaftsmodell des Einparteien-Staats und der Zentralverwaltungswirtschaft (realer Sozialismus) diskreditiert. Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, deren eigenständige Zusammenarbeit in der Form des Eurokommunismus in den siebziger Jahren seine Blütezeit hatte, versuchen mit einer Neuorientierung und zumeist aus spezifisch nationaler Perspektive aus dem Wählertief zu kommen.

7.4 DIE KOMMUNISTISCHE UND POSTKOMMUNISTISCHE BEWEGUNG IN DER SCHWEIZ

Zur Entwicklung der PdA vergleiche Gruner (1977: 140; 145-149)

Die Entwicklung der Parteien links von der SP ist von einigen Turbulenzen gezeichnet. Die in den späteren 1960er und 1970er Jahren erfolgte Ausdifferenzierung der linken Opposition (chinaorientierte Gruppen, SAP²⁷, POCH²⁸) wurde Mitte der 1980er Jahre praktisch vollständig von den grünen Gruppierungen und der SP aufgenommen. Einzig die PdA (vgl. dazu auch Fischer 1988) konnte ihre Eigenständigkeit bewahren.

Die **Partei der Arbeit** (PdA) ist die Nachfolgeorganisation der 1939 durch den Bundesrat verbotenen Kommunistischen Partei der Schweiz. Die PdA wurde 1943 unter dem Namen "Arbeiterpartei/Parti ouvrier" in Genf gegründet und ein Jahr später in PdA umbenannt. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa setzte innerhalb der PdA eine Diskussion zu Inhalt, Konzept und damit auch zur Zukunft der Partei ein. Im Entwurf für ein neues Parteiprogramm wurden formal und inhaltlich neue Akzente gesetzt: Der Klassenkampf (die Diktatur des Proletariates hatte die PdA schon früher fallengelassen) wurde durch die "Bewegung für den Sozialismus" abgelöst. Neue Themen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles und der Umweltschutz wurden wichtiger. Ziel dieser Bewegung soll eine umfassende Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche sein. Die PdA hegt den Wunsch einer Vernetzung aller reformwilligen Kräfte der verschiedenen sozialen Teilbereiche, um so eine Volksbewegung für den Sozialismus zu bilden (Année politique 1990: 337). In den 1990er Jahren vermochte die PdA ihre Stellung wieder etwas zu stärken. Sie bleibt aber praktisch ausschliesslich auf die Westschweiz beschränkt, wo sie jedoch teilweise aufsehenerregende Erfolge verbuchen konnte.

²⁷ 1969 gründeten in Lausanne ausgeschlossene PdA-Mitglieder die "Revolutionäre Marxistische Liga" (RML), die Mitglied der trotzkistischen 4. Internationalen war. Die dogmatisch auftretende RML verurteilte ursprünglich jede Teilnahme an Exekutivwahlen. Erst im Gefolge der Jugendunruhen in den 1980er Jahren begann sie sich langsam zu öffnen und versuchte, eine sozialistische Oppositionsbewegung links von der SP zu lancieren, wobei die Partei selbst immer stärker in den Hintergrund trat und sich 1989 als nationale Partei auflöste. Mitte der 1990er Jahre machen in der Westschweiz (GE, VD) ehemalige Aktivisten der SAP wieder von sich Reden. Zusammen mit anderen dissidenten Linken und Gewerkschaftern sowie einigen Grün-alternativen gelangen ihnen unter dem Namen Solidarité für ihre bescheidenen Verhältnisse grössere Wahlerfolge.

²⁸ Weniger dogmatisch in ihrer Grundveranlagung, gelang es der anfangs der 1970er Jahre gegründeten POCH (vgl. auch Blum 1986) zu Beginn der 1980er Jahre als Partei der sozialen Bewegungen aufzutreten. Die Progressiven wollten auf ein Bündnis mit verschiedenen ökologischen und alternativen Bewegungen hinarbeiten (Année politique 1982: 205 f.). Dennoch wurden die POCH Mitte der 1980er Jahre von den Grünen überholt (Bern, Zürich) und der Auflösungsprozess ins Grüne Bündnis setzte ein. 1993 löste sich mit der POCH Basel die letzte Sektion auf.

Fragen zum Selbststudium

1. Können die Hauptkritikpunkte des Marxismus am bürgerlichen Staat auch heute noch Geltung beanspruchen?
2. Unter den "Neuen Linken" kommt es in den 60/70er Jahren zu einem Rückgriff auf den Marxismus. Welcher Marx wird hauptsächlich rezipiert und weshalb?
3. Formulieren Sie Hypothesen, weshalb sich der Marxismus in der Schweiz nicht durchsetzen konnte.